

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion CDU

Frühkindliche Sprachförderung ist extrem wichtig: Sprach-Kitas dauerhaft finanziell absichern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die im Rahmen des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ bisher aufgebauten Strukturen und Kompetenzen auf Landesebene auch über das Jahr 2022 hinaus aufrechtzuerhalten. Sollte die rot-grün-gelbe Bundestagsmehrheit das Bundesprogramm wie angekündigt bereits zum Ende dieses Jahres auslaufen lassen und die Förderung über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einstellen, sollen die derzeit 355 Berliner Sprach-Kitas zukünftig über das Handlungsfeld „Sprachliche Bildung“ des Gute-Kita-Gesetzes (KiQuTG) finanziell abgesichert werden. Die frühkindliche Sprachförderung muss vom Senat endlich als Grundlage für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und gesellschaftliche Teilhabe unserer Kinder anerkannt und entsprechend behandelt werden. Das Programm der Sprach-Kitas muss daher fortbestehen.

Begründung

Die frühkindliche Sprachförderung ist das Fundament für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und die Voraussetzung für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. 2016 hat die damals unionsgeführte Bundesregierung das Programm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ auf den Weg gebracht. Mit dem Ziel, frühzeitig die alltagsintegrierte sprachliche Bildung in den Kindertagesstätten zu fördern und die Betreuungsqualität zu verbessern, wurden in den vergangenen Jahren erhebliche zusätzliche Ressourcen vom Bund bereitgestellt. 13,2 Mio. Euro fließen in diesem Zusammenhang allein im laufenden Jahr 2022 nach Berlin.

Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit sind die bisher im Rahmen des Programms aufgebauten Strukturen und erworbenen Kompetenzen unverzichtbar. Denn von den Fördermitteln profitieren insbesondere Kinder nichtdeutscher Herkunft und Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien, die nicht selten auch einen höheren sprachlichen Förderbedarf aufweisen. Das Programm der Sprach-Kitas ist daher ein echter Meilenstein in der frühkindlichen Sprachbildung. In Berlin gibt es derzeit 355 Sprach-Kitas, wobei es in der Vergangenheit stets mehr Bewerbungen gab, als Kapazitäten vorhanden waren.¹ Das ungebrochen große Interesse bestätigt den Erfolg der Sprach-Kitas.

Am 11. Juli 2022 informierte das grün-geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nun in einem Schreiben darüber, dass im Entwurf des Bundeshaushalts 2023 keinerlei Mittel für die Fortsetzung des Programms der „Sprach-Kitas“ vorgesehen sind. Die Streichung der Fördermittel würde das Aus des Bundesprogramms bereits zum Ende des Jahres 2022 bedeuten. Dies wäre ein herber Schlag sowohl für alle, die bisher an der Umsetzung beteiligt waren, aber auch für die Kinder und Familien, die von den Maßnahmen erheblich profitieren.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Versäumnisse in der frühkindlichen Bildung und Sprachförderung im späteren Schulalltag kaum noch aufgeholt werden können. Sollte die rot-grün-gelbe Bundestagsmehrheit am Vorhaben der rot-grün-gelben Bundesregierung festhalten, müssen die auf Landesebene bereits aufgebauten Strukturen sowie die zusätzlichen Fachkräfte und Ressourcen daher unbedingt erhalten werden. Die Sprach-Kitas müssen landesseitig dauerhaft finanziell abgesichert werden. Dies kann über das Gute-Kita-Gesetz erfolgen, mit dem der Bund die Länder bei der Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung unterstützt und dafür bis 2022 bereits insgesamt 5,5 Milliarden Euro bereitgestellt hat. Auch für die Jahre 2023 und 2024 wurden jeweils Mittel in Höhe von bis zu 2 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Berlin hat bisher in sechs von zehn Handlungsfeldern des Gute-Kita-Gesetzes Maßnahmen umgesetzt. In das Handlungsfeld „sprachliche Bildung“ wurde bisher jedoch nicht investiert.² Spätestens die angekündigte Einstellung des Bundesprogramms der Sprach-Kitas sollte den Senat dazu veranlassen, die frühkindliche Sprachbildung endlich als unverzichtbare Grundlage einer erfolgreichen Bildungslaufbahn und als Voraussetzung von gesellschaftlicher Partizipation zu erkennen und auf Landesebene entsprechend zu priorisieren.

Berlin, 02. August 2022

Wegner Simon Günther-Wünsch
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

¹ Vgl. schriftliche Anfrage mit Antwort des Senats Drs. 19 / 10712.

² Vgl. schriftliche Anfrage mit Antwort des Senats Drs. 19 / 10989.